

WAHLFREIHEIT ZUR GEBURT

Frauen sollen Geburtsort und –art ihres Kindes (mit)bestimmen können. Doch in Brandenburg finden Schwangere nicht genug freiberufliche GeburtshelferInnen und Familienhebammen. Fast ein Drittel aller Babys kommt durch Kaiserschnitt zur Welt – die Weltgesundheitsorganisation hält max. 15 % für medizinisch gerechtfertigt. Wir fordern, die Gesundheitsversorgung werdender Mütter durch eine bessere Hebammenbetreuung zu sichern.

GESUND UND NATÜRLICH GROSS WERDEN

Immer mehr Familien ziehen ins Grüne oder erholen sich auf dem Land. Brandenburg ist stolz auf seine reiche Natur. Doch täglich wird eine Fläche von 8 Fußballfeldern zugebaut! Und die industrialisierte Landwirtschaft macht nicht nur Tieren und Pflanzen arg zu schaffen. Bei der Beprobung geschützter Gewässer im Auftrag unserer Fraktion und des BUND fanden sich Glyphosat und andere Pestizidrückstände. Diese unsachgemäß in der Landwirtschaft eingesetzten „Pflanzenschutzmittel“ sind längst in der Nahrungskette bei uns Menschen angekommen und als gesundheitsschädlich bekannt.



WIR HABEN ES SATT

Die steigende Nachfrage nach biologisch hergestellten Produkten gerade auch bei jungen Familien kann Brandenburg nur zu 15 % decken. Die Ökoanbaufläche ist sogar rückläufig, da die Landesregierung als bundesweit einzige die Umstellungsförderung auf Ökolandwirtschaft strich. Auf Druck auch unserer Fraktion ist eine Unterstützung seit



2014 wieder möglich. Durchweg großzügig fördert das Land allerdings industrielle Massentierhaltungsanlagen. Gegen die Zunahme der Megaställe protestieren immer mehr EinwohnerInnen und gehen wie wir gegen Gestank und Lärm, Tierquälerei und Umweltzerstörung auf die Straße. Mit 1.600 Tonnen werden in der Massentierhaltung jährlich doppelt so viele Antibiotika verabreicht wie in der Humanmedizin. Dies fördert die Entstehung von antibiotikaresistenten Bakterien. Bis zu 6,4 Millionen Deutsche tragen solche Keime in sich. Zwar beginnt die Landesregierung im Zuge des neuen Bundesarzneimittelgesetzes, unsere jahrelange Forderung zur zentralen Erfassung des Antibiotika-Einsatzes umzusetzen, verweigert aber weiterhin besseren Tierschutz und ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

Nahezu geschlossen sagt Brandenburg Nein zur Agrogentechnik auf dem Teller und auf dem Acker. 2011 erreichte unsere Fraktion ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen auf Landesflächen; 2014 schloss sich

die Abgeordnetenmehrheit unserer Forderung an, den neuen Genmais 1507 in Brandenburg nicht zuzulassen.

OHNE STAU: ÖPNV

Im Flächenland Brandenburg gehören Busse und Bahnen zu einer familiengerechten Infrastruktur. Wir kritisieren, dass das Land zusätzliche Bundesmittel nur in die Schiene statt auch in den Busverkehr steckt. Weil viele Brandenburger Straßen im Sanierungsstau stehen, hat für uns der Erhalt von Straßen Vorfahrt vor dem Neubau. Denn neben Geld kosten neue Straßen auch die Nerven der lärmgeplagten AnwohnerInnen. Wir wollen besseren und konsequenten Lärmschutz nicht nur am Flughafen BER, sondern auch an stärker frequentierten Straßen und Schienen. Unser Fraktionsgutachtens zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vom Sommer 2014 zeigt, wie mehr Fahrgäste mitgenommen und die seit 10 Jahren nicht mehr sinkenden CO2-Emissionen im Verkehr verringert werden können.

BRANDENBURG UNTER STROM

Für die klimaschädigenden Kohlendioxid-Emissionen ist vor dem Verkehr und der Landwirtschaft die Energieversorgung aus der Braunkohleverstromung verantwortlich. Unser Land kann seinen Strom bis 2030 zu 100 % aus erneuerbaren Energien beziehen, stellt unsere Fraktionsstudie heraus. Die zurzeit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Brandenburger Strompreise sind nicht auf die EEG-Umlage, sondern die unfair verteilten Netzentgelte zurückzuführen. Deshalb fordern wir ein bundesweit einheitliches Entgelt für die Stromnetze.

MITBESTIMMEN

Im Jahr 2030 werden in Brandenburg rund 2,2 Millionen Menschen leben – fast 300.000 weniger als 2008. Die eine Hälfte von ihnen konzentriert sich auf 15 % der Landesfläche im berlinnahen Raum, die zweite verteilt sich auf die anderen 85 %. Um den demografischen Wandel zu meistern, brauchen wir überall starke Kommunen, in denen sich auch junge Menschen mehr engagieren können und dürfen. Wir haben Vorschläge für mehr demokratische Mitbestimmung in den Kommunen, u. a. auch von Kindern und Jugendlichen, und zur Sanierung hoch verschuldeter Städte gemacht.

Für Mitsprache braucht es ebenso den freien Zugang zu allen, das eigene Leben betreffenden Informationen. Unsere Fraktion unterlag zwar einer rot-roten Mehrheit mit einem von Fachleuten überaus gelobten fortschrittlichen Informationsfreiheitsgesetz, lässt aber in ihrer Forderung nach einer Open-Data-Strategie nicht locker: Mit öffentlichen Geldern erhobene Daten, z. B. im Umwelt- und Verbraucherschutz, sollen in Echtzeit veröffentlicht und das Regierungshandeln transparent gemacht werden.

WIR GEHÖREN ZUR FAMILIE

**BESTE BILDUNG UND GUTE ARBEIT.
INTAKTE UMWELT UND EIN
GESUNDES LEBEN.**



www.gruene-fraktion-brandenburg.de

www.gruene-fraktion-brandenburg.de

FAMILIE



Ein guten Start in ein glückliches Leben, beste Bildung und gerechte Zukunftschancen für unsere Kinder. Gute und gerecht bezahlte Arbeit für Frauen und Männer, die Zeit für Familie und FreundInnen lässt. Gesundes Essen und eine intakte Umwelt. Die Initiativen unserer Fraktion machen Brandenburg lebendiger und lebenswerter, gerechter und grüner und schaffen ein besseres Zuhause für Familien.

FANTASIE BEFLÜGELN...

Weil die ersten Jahre über die Bildungskarriere entscheiden, wollen wir die Kitas besser machen. Zwar bekommen in Brandenburg nahezu alle Kinder einen Kitaplatz. Doch für die Kitaqualität ist entscheidender, für wie viele bzw. wenige Kinder eine BetreuerIn verantwortlich ist. Eine winzige Verbesserung bei diesem Betreuungsschlüssel blieb die einzige bildungspolitisch relevante Großtat von Rot-Rot im

Kitabereich in der abgelaufenen Legislaturperiode; sie ist laut Fachleuten kaum spürbar und belässt Brandenburg deutschlandweit auf dem letzten Platz. Deshalb schlägt unsere bündnisgrüne Fraktion seit längerem einen Stufenplan vor, um Schritt für Schritt den Betreuungsschlüssel zu verbessern, das Personal angemessen fortzubilden und zu bezahlen sowie den LeiterInnen mehr Zeitanteile für pädagogische Konzeptarbeit zuzubilligen.

... STATT FRÜH FRUSTRIEREN

Bereits 2011 offenbarte ein Gutachten unserer Fraktion die Diskrepanz zwischen den benötigten Lehrkräften und den AbsolventInnen in Brandenburg und zeigte, wie LehrerInnen aufs Land geholt werden können. In den kommenden Jahren werden wir annähernd doppelt so viele Lehrkräfte jährlich brauchen, wie wir ausbilden. Zwar begann die Landesregierung 2014, etwas nachzusteuern. Besser wäre

es gewesen, schon in den letzten Jahren die Lehrkräfte einzustellen, die wir morgen brauchen. Denn es lassen sich – auch wegen der im Bundesvergleich schlechten Bezahlung – künftig immer weniger LehrerInnen nach Brandenburg (zurück)holen. Doch die Regierung lehnte unseren Vorschlag für eine Weiterbildungsoffensive ab.

Wir wollen die Schulen im Dorf lassen, denn mit ihnen verschwindet auch Leben aus dem Ort. Auf dem Land sollen Grundschulstandorte mindestens bis zur 4. Klasse erhalten bleiben. Auch in ländlichen Regionen bereichern Schulen in freier Trägerschaft unser Schulsystem. Wir stehen an ihrer Seite für eine mit staatlichen Schulen vergleichbare Finanzierung und haben gegen die Kürzungen Verfassungsklage eingereicht.



Bei der inklusiven Schule, in der alle Kinder – ob mit oder ohne besonderen Förderbedarf – gemeinsam lernen, kommt Brandenburg kaum voran. Für uns gehört Inklusion ins Schulgesetz! Mit unserer 2011 veröffentlichten Studie zum gemeinsamen Lernen von Anfang an schlagen wir auch Wege vor, wie Schulen jedes Kind fördern können.

GELEE(H)RTE KASSEN

Für Wissenschaft, Forschung und Lehre gibt Brandenburg von allen Bundesländern am wenigsten aus und lässt seine gute Ausgangslage mit vielen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ungenutzt. Zwar erreichte unsere Fraktion, dass sich mit Mindestvertragslaufzeiten für wissenschaftliche MitarbeiterInnen die oft prekären Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb zum Teil verbessern. Doch Dumpinglöhne für Lehrbeauftragte, unzureichende Mitsprache-

rechte an den Hochschulen und rechtlich umstrittene Rückmeldegebühren für Studierende bleiben bestehen.

FRAUEN: QUALITÄT UND QUOTE

Mehr Mitsprache sowie politische und ökonomische Teilhabe für Frauen ist eine grüne Grundforderung. Während bundesweit gerade einmal die Aufsichtsräte deutscher börsennotierter Unternehmen ab 2016 zu 30 % weiblich sein sollen, setzt sich Brandenburg eine 50%ige Frauenquote für seine Verwaltungen und Landesunternehmen zum Ziel. Unsere Fraktion wird die Regierung hier beim Wort nehmen und sich auch weiterhin für eine Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten einsetzen. Wir Bündnisgrüne kämpfen für mehr Frauen auf allen Entscheidungsebenen. In Brandenburgs Kommunalvertretungen z. B. liegt der Frauenanteil unter einem Viertel, bei BürgermeisterInnen, AmtsdirektorInnen und LandrätInnen noch weit darunter.



Mit mehr (Geschlechter)Gerechtigkeit lassen sich auch Beruf und Familie besser vereinbaren. Die im Sozialministerium begonnene Zertifizierung "Audit familieundberuf" dehnt die Landesregierung entgegen unseres Antrages nicht auf die gesamte Landesverwaltung aus und stoppt auch noch die Förderung der Auditierung für Unternehmen.

FRAKTIONSFORDERUNGEN

Kita: Mehr, besser bezahlte und kontinuierlich fortgebildete ErzieherInnen. Mehr Zeit für Leitungstätigkeit.

Schule: Rechtzeitig ausreichend LehrerInnen einstellen und regelmäßig fortbilden. Grundschulen im Dorf lassen. Freie Schulen ausreichend finanzieren.

Hochschule: Bessere Arbeitsbedingungen und finanzielle Ausstattung.

Frauen und Familie: 50 %-Quote für Frauen in der Landesverwaltung umsetzen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie wieder fördern. Situation von Hebammen verbessern.

Umwelt: Ökolandbau statt Massentierhaltung fördern. Agrogentechnik nicht zulassen.

Verkehr: ÖPNV aus einem Guss im gesamten Land fördern. Straßensanierung statt neuer Straßen.

Energie: 100 % Erneuerbare statt neuer Tagebaue. Faire Strompreise.

Beteiligung: Mehr Mitbestimmung für Heranwachsende. Freier Zugang zu Informationen.

KONTAKT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331-966 1701
Fax 0331-966 1702
E-Mail info@gruene-fraktion.brandenburg.de

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

V.i.S.d.P.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Frauке Zelt, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stand: Juli 2014